

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1929

14 (6.4.1929)

Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: Adolf Lindenseifer, Heidelberg, Werderstr. 14. Abschluß: Mittwoch 12 Uhr. Erscheint Samstag. Anzeigen: Die 5-gespaltene 38 mm breite Zeile Mk. 0.20, Chiffreabdruck Mk. 0.50, Beilagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einschl. Bestellgeld. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung Konfordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamten-Genossenschaftsbank Postfachkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des B.L.B. 70. Geldsendungen an das Lehrheim nur an „Lehrheim Bad Freyersbach, Geschäftsstelle Offenburg, Postfachkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“

Anzeigenannahme und Druck: Konfordia A.G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor B. Beyer. Telefon 131. Postfachkonto 237 Ami Karlsruhe.

14.

Bühl, Samstag, den 6. April 1929.

67. Jahrg.

Inhalt:

Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerverständigung. — Durchführung des § 4 der Satzungen. — Schriftfrage. — Sütterlin . . . oder nicht? — Eine Buchbesprechung. — Badischer Lehrerverein. — Vereinstage. — Inserate.

Bericht über die Mitglieder- und Vertreterversammlung in Freiburg 1929.

Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerverständigung.

Festvortrag von Professor D. Dibelius, Heidelberg

Das Thema, das dieser Stunde gestellt ist, wollen wir nicht zu leicht nehmen. Wir wollen uns nicht begnügen mit einer Resolution und einer in unserem Kreise vielleicht erreichbaren einmütigen Stimmung, sondern wir wollen ernsthaft die Frage prüfen, inwieweit die Schule in den Dienst der Volks- und Völkerverständigung gestellt werden kann. Wir wollen auch nicht einfach voraussetzen, daß dies wünschenswert sei, sondern wollen uns auf die Notwendigkeiten besinnen, die zur Stellung dieses Themas durch den Deutschen Lehrerverein geführt haben. Wir wollen aber vor allem nicht an den Schwierigkeiten vorbeigehen, die sich der Verwirklichung dieser Verständigungsaufgabe durch die Schule in den Weg stellen. Diese Schwierigkeiten bestehen, auch wenn unter allen Lehrenden völlige Übereinstimmung über Sinn und Erfüllung dieser Aufgabe herrscht. Denn unter allen Erziehenden besteht diese Einmütigkeit jedenfalls nicht, und wir werden dieser Schwierigkeiten nur dann Herr werden, wenn wir sie völlig ernst nehmen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Dienst der Volks- und Völkerverständigung zum Teil einen Bruch mit unseren Traditionen bedeutet; und wenn Einwendungen gegen unser Thema laut werden, so entstammen sie nicht nur politischen Stimmungen und Neigungen, sondern auch pädagogischen und geistesgeschichtlichen Erwägungen. In jeder kulturellen Wendezeit steht eine Generation vor der Aufgabe, einen Teil des ererbten Kulturgutes abzustossen, um den anderen Teil in Verbindung mit den neuen Gedanken der Epoche zu erhalten und zu pflegen. Diese verantwortungsvolle Aufgabe ist unserem Geschlecht gesetzt, und im Geist einer solchen Verantwortung wollen wir auch unser Thema betrachten.

Ein Einwand freilich muß gleich von vornherein abgewiesen werden. Er kleidet sich in das Gewand des Bedauerns darüber, daß nun auch schon in das Leben der Schule politische Motive und Impulse hineingetragen würden. Die Entsachlichung des Lebens durch die Politik sowie die Unterstellung aller geistigen Dinge unter politische Zwecke werde dadurch gefördert werden, die Idealität des Erziehungswillens getrübt,

die Atmosphäre der Schule vergiftet. Wer so spricht, verwechselt Tagespolitik und staatsbürgerliche Auffassung des Lebens. Selbstverständlich wollen wir die Schule frei von Tagespolitik halten, und wenn wir aus Verpflichtung gegen die Zukunft unseres Volkes von Völkerverständigung in der Schule reden, so soll dem Lehrer die Rede davon auch in Zeiten diplomatischer Spannung nicht versagen. Was uns als erzieherisches Ideal gilt, hat seine Kraft nicht dadurch verloren, daß die politische Konstellation seiner Verwirklichung einmal weniger günstig geworden ist. Aber so wenig wir die Schule von der Tagespolitik abhängig wünschen, eine Politisierung der jungen Menschen im Sinne des staatsbürgerlichen Gedankens bedeutet unsere Aufgabe allerdings, und man soll vor solcher Politisierung keine Angst haben. Wir wollen doch ehrlich sein: die Pflege des monarchisch-dynastischen Gedankens in der Schule der Vergangenheit war durchaus ein Mittel politischer Erziehung; nur haben wir Deutsche, die spät zu politischer Selbständigkeit gelangt sind, eine seltsame Angst vor dem Wort Politik und bezeichnen Aufgaben, die uns sympathisch sind, gern als nationale oder soziale Notwendigkeiten, unsympathische Forderungen aber glauben wir mit dem Prädikat „politisch“ um ihre Geltung zu bringen. Wenn die Schule die ihr Anbefohlenen für das Leben ausrichten soll, wenn dieses Leben infolge der Verflechtung aller privaten Angelegenheiten mit den öffentlichen schon von dem jugendlichen staatsbürgerlichen Orientierung verlangt, von dem Herangewachsenen aber staatsbürgerliche Verantwortung, wenn es eine rein private, vom Politischen unabhängige Existenz heute gar nicht mehr gibt —, so ist es Pflicht der Schule, die Schüler nicht mit politischer Meinung, wohl aber mit staatsbürgerlicher Orientierung auszurüsten. Dazu gehört aber auch ein Wissen um das notwendige Verhältnis zu anderen Volksklassen und zu anderen Völkern. Wenn man also die Aufgabe der Volksverständigung und der Völkerverständigung in diesem staatsbürgerlichen Sinn eine politische heißt, so wollen wir getrost und ohne Angst vor dem Wort diese „politische“ Aufgabe in Angriff nehmen.

I.

Volksversöhnung — wer die besonderen Bedingungen kennt, unter denen wir Deutsche ein Volk geworden sind, muß von der Notwendigkeit dieser Aufgabe überzeugt sein. Dreifache Grenzen hindern uns Deutsche immer wieder, unserer Volkseinheit bewußt zu werden: Klassengrenzen, Konfessionsgrenzen, Ländergrenzen.

Als Industrievolk und als ein in steigendem Maße technisiertes Volk haben wir starke soziale Unterschiede in unserer Mitte; das ist bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen unvermeidlich. Darüber ist kein Wort weiter zu verlieren. Wohl aber möchte ich nachdrücklich betonen, daß auch bei einer Umbildung der Wirtschaft soziale Spaltungen und die dadurch ausgelösten Fremdheitsempfindungen nicht verschwinden. Selbst innerhalb einer sozialisierten Wirtschaft z. B. würden gewisse Einzelpersonen, in diesem Fall dann Industrie- und Staatsbeamte, aus wirtschaftlichen Gründen die technischen Errungenschaften der Zeit in vollem Ausmaß zu ihrer Verfügung haben: die moderne Wohnung, das Auto, das Flugzeug, nur nicht als Privateigentum, sondern zur Ruhnutzung; die anderen, durch ihre Stellung nicht dazu Berechtigten würden ihnen nicht ohne Neid zuschauen. Das Gefühl der Entbehrung und des Neides würde dann bei den Kindern dieser Menge ebenso groß sein wie jetzt, denn Kinder fragen nicht darnach, ob jenes Auto Privateigentum ist oder lediglich kraft Berufsstellung benutzt wird — wenn man nur damit fahren darf! Mit sozialen Unterschieden und den durch sie veranlaßten Fremdheitsgefühlen wird die Einheitschule also immer zu rechnen haben.

Zur sozialen Spaltung kommt die konfessionelle, die Deutschland als sein geschichtliches Schicksal zu tragen hat, geistiger Reichtum und politische Belastung zugleich! Unterscheidet uns die Bedeutung dieses Gegensatzes schon von anderen Völkern, so ist die Trennung nach Ländern ein besonderes deutsches Eigengut, diese Trennung, die im Grunde auf der Sonderentwicklung der kleinen Dynastien beruht. Aber es wäre töricht zu behaupten, daß sich diese Trennung nur zu unserem Schaden ausgewirkt hätte. Gerade auf kulturellem Gebiet hat sie wertvolle Sondertraditionen gezeitigt und manchen heilsamen Wettlauf zwischen den Länderverwaltungen zur Folge gehabt; die badische Schule ist ein Beweis dafür. Und in welcher Form auch immer eine Vereinheitlichung des Reiches Wirklichkeit werden mag, eine kulturelle Dezentralisation wird und muß, soweit wir sehen können, in Deutschland bleiben. Selbst Preußens Annexionspolitik von 1866 hat davon abgesehen, die sogenannten „neuen Provinzen“ dem alten Bestande der Monarchie kulturell restlos anzubilden, und hat diese Notwendigkeiten unserer Struktur geachtet. Also werden wir in der Schule auch weiterhin Gegensätze dieser Art überwinden müssen; die völlige Freizügigkeit im Wirtschaftsleben und die zunehmende im Beamtenleben werden in gesteigertem Maße dazu führen, daß nebeneinander auf derselben Schulbank Kinder verschiedenen Stammes und — das ist für die Schule fast das Wichtigste — verschiedener Mundart sitzen.

Und nur diese Schulbank der Volksschule wird auch in Zukunft der Ort sein, wo die Kinder verschiedener Klassen, verschiedener Konfessionen und verschiedener Stämme durch gleiche geistige Beeinflussung und durch Kameradschaft einander angenähert werden. Nur die Volksschule ist imstande, junges deutsches Volk auszubilden, das sich seiner Schicksalsgemeinschaft bewußt ist. Das gemeinsame Bildungsgut bindet im Bewußtsein zusammen; noch stärker bindet im Unterbewußtsein das gemeinsame Erleben des Schulaseins mit seinen Höhen und Tiefen, mit Erfolgen und Mißerfolgen, mit Späßen und Tummheiten.

Aber gerade von unzweifelhaften Erfahrungen dieses gemeinsamen Schullebens her kommen auch schon die Ein-

wände gegen die Erziehung zum Volk auf der Einheitschule. Es ist irrig zu glauben, das gemeinsame Leben wirke an sich schon sozial versöhnend. Im Gegenteil, die Kinder werden frühzeitig sozial scharfsichtig; sie unterscheiden — sehr strupellos und bisweilen in recht verletzender Weise — zwischen Vätern, die „Herren“, und Vätern, die bloß „Männer“ sind, zwischen guter und schlechter Kleidung, zwischen einem guten zweiten Frühstück und — keinem Frühstück! Diese Scharfsichtigkeit äußert sich dann in der Weise, die man als kindliche Grausamkeit bezeichnet und die bei normalen Kindern gewöhnlich mehr eine Art Hemmungslosigkeit ist. So kann das Schülerlebnis gerade in der Grundschule zu sozialer Verbitterung und Verhegung führen, und auch die konfessionelle Verhegung kann in der Schule Platz greifen. Daß ein Religionsunterricht, der über die Abgrenzung der eigenen von der fremden Konfession zu orientieren hat, dazu führen kann, ist oft erwiesen; daß die eigentümliche Stellung des Judentums zu seinen abendländischen Wirtschaftsvölkern im Sinne der Verhegung ausgenutzt wird, bestätigt leider fast jeder Tag, und es ist sicher keine ungeschickte Verteidigung der Konfessionsschule, die darauf verweist, daß solche Verhegung innerhalb der Konfessionsschule ausgeschlossen ist.

Eine dritte Schwierigkeit bietet die Überwindung partikularistischer Spaltungen innerhalb der Schule. Der Unterricht namentlich auf der Unterstufe lebt von der Anschauung. Anschaubar ist die Heimat, ihre Landschaft, ihre Bevölkerung; deutsch ist ein Oberbegriff, der sich der primitiven Anschauung entzieht. Auch der Staat wird vorläufig öfter in den Abzeichen des Landes als des Reiches angeschaut. Den älteren Generationen mangelt die Erziehung zum Reichsgedanken in erheblichem Grade; denn das neue Deutsche Reich hat seit seiner Entstehung 1871 aus dynastischen Gründen sehr wenig Wert darauf gelegt, sich seinen Bürgern in Erinnerung zu rufen; war doch sogar die Armee in Bezeichnungen, Flaggen und Hoheitszeichen überwiegend der Ausdruck bundesstaatlicher Gliederung oder aber preussischer Vorherrschaft. Das waren Unterlassungssünden, die sich rächten. Aber sie waren politisch begreiflich, und die Schwierigkeit, das Reich als alle verpflichtende Staatsmacht dem Gemüt des Kindes näherzubringen, ist auch im Zeichen der deutschen Republik nicht gering.

Wie ist nun diesen Schwierigkeiten zu begegnen? Wie kann die Mission der Schule, Volksversöhnung anzubahnen, junges deutsches Volk zu schaffen, verwirklicht werden? Mir scheint, daß es drei Wege gibt, die zu diesem Ziel führen: Pflege des Volksbewußtseins, Übermittlung bestimmter Unterrichtsstoffe und Lebensgemeinschaft in der Schule.

Der erste Weg ist in der Praxis offenbar der schwierigste; denn die positive Pflege des Gedankens, daß wir alle, sonst so verschiedener Art, zu einem Volk gehören, und daß dieses Volkes Wohl auf dem Zusammenwirken aller beruht, ist keineswegs leicht. Es darf natürlich dem Schüler nicht zum Bewußtsein kommen, daß er mit alledem erzogen wird; der Begriff der nationalen Gemeinsamkeit darf ihm nicht zu einem Unterrichtsgegenstand werden, dessen regelmäßige Behandlung in der Schule dann eine starke Übersättigung zeitigt. Es ist auch nicht mit dem berühmten, pflichtgemäßen Hinweis auf die Bedeutung etwa des 11. August oder auf den Segen der Weimarer Verfassung getan; im Gegenteil wird ein solcher Hinweis, wenn er ohne innere Anteilnahme des Lehrers mit pedantischer Regelmäßigkeit vorgetragen wird, leicht zur bedeutungslosen Floskel werden. Die Volksgemeinschaft muß vielmehr vom Lehrer erlebt und gelebt werden, so daß zur rechten Zeit ein gutes Wort das Nötige anklingen läßt. Es kann eine Feier sein, die den Anlaß gibt, es kann ein Spaziergang, es kann ein Lesestück, es kann auch ein sozial verbindendes Erlebnis der Klasse sein. Der Ge-

dante, daß wir unerachtet aller Unterschiede zusammengehören, muß aber, sollte ich denken, immer mehr als selbstverständliche Voraussetzung unseres Handelns denn als Lehre wirken, immer mehr als Folgerung aus unserem Deutschsein denn als ausdrückliche Forderung geltend gemacht werden. Wenn es nicht gelänge, durch die Volksschule dies einfachste nationale Bewußtsein zu wecken und zu pflegen, daß wir alle zu einer großen Volks- und Schicksalsgemeinschaft gehören, dann hätte die deutsche Grundschule ihren Sinn verloren!

Freilich muß der Gedanke der Volksversöhnung auch in den Unterricht eingearbeitet werden. Ich habe hier nicht über Lehrpläne zu reden; aber es will dem Außenstehenden so scheinen, als ließe sich noch wesentlich mehr tun, um die Grundschule zur Einheitschule zu entwickeln. Der Umstand, daß die Kinder aus sogenannten gebildeten Häusern manches an Bildungsgut mitbringen, was anderen Kindern erst beigebracht werden muß, verleiht ihnen eine gewisse Überlegenheit. Zum Ausgleich müßte der Werkunterricht ganz wesentlich ausgebaut werden; dort würden nicht nur die Geschickten, sondern auch die manuell Geschulten ein Übergewicht besitzen, und die meiste Schulung werden doch im allgemeinen die ärmeren Kinder haben, die zeitig zur Handarbeit herangezogen wurden. Bei der Besprechung irgendeines Arbeitsprozesses, wie sie sich an manches Lesestück zwanglos anschließt, müßte das Verhältnis von Produzent und Konsument, von Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ihrer notwendigen Ergänzung berührt werden; jeder Lehrer weiß, daß das in ungelehrten Worten und anschaulicher Darstellung fähig gemacht werden kann. Davon, daß vertiefter Religionsunterricht das Verständnis für die Art der anderen nicht verbauen, sondern gerade wecken soll, wird noch die Rede sein. Jeder Geschichtsunterricht aber wird die Aufgabe haben, dem Begriff „deutsch“ Farbe und Anschaulichkeit zu verleihen. Das wird gar nicht so leicht sein, denn was uns heute deutsch ist, wird sich weder von der Geschichte der alten Germanen ablesen lassen noch vom Heiligen römischen Reich deutscher Nation noch vom übernationalen Reich der Habsburger. Auch hier wird vielleicht gerade der Einblick in die Mannigfaltigkeit deutschen Werdens, in die Sonderentwicklung der Städte, der kleinen und großen Fürstentümer, dem älteren Kinde ein Verständnis dafür vermitteln, warum wir noch in so geringem Grade ein Volk sind und was wir tun müssen, um es zu werden.

Alles Wecken und Pflegen des Gemeinschaftsbewußtseins ist aber natürlich nur möglich, wenn eine Art von Gemeinschaft in der Schule erlebt wird, und nun bestimmen wir uns auf jenen Einwand, daß die Einheitschule den Blick gerade schärfte für Unterschiede aller Art. Der Schwierigkeit, die damit angedeutet ist, begegnet man am besten, indem man sie bejaht und als pädagogisches Mittel auswertet. Dem Kinde soll das Leben ja nicht verschleiert werden; es soll vielmehr in unser Dasein mit seinen Härten und Kämpfen hineinwachsen, damit es lebenskundig und lebensstüchtig werde. Es ist eine alte pädagogische Erfahrung, daß z. B. die Vorgänge der menschlichen Geburt und des menschlichen Sterbens für die Kinder nichts Befremdliches und Beängstigendes haben, die mit Tieren groß geworden und mit den Phänomenen des Lebensablaufs aus ihrem kindlichen Alltagsleben vertraut geworden sind. In ähnlicher Weise kann auch das Erlebnis der Standesunterschiede im täglichen Schuldasein hinwegführen zu einem illusionslosen Verständnis des Lebens, allerdings über eine kritische Periode der Entfremdung hinweg. Das Kind lernt dann, daß auch die ihm fremderen Kameraden Menschen sind mit Freuden und Sorgen, daß sich mit ihnen Kameradschaft und Freundschaft schließen läßt und daß die tiefgreifenden sozialen Unterschiede kein Hindernis sind, sich zusammen zu freuen, sich gegenseitig

zu helfen, gemeinschaftlich Dummheiten zu machen und gemeinschaftlich ihre Folgen zu tragen. Die Aufgabe der Volksversöhnung in der Einheitschule kann und soll also nicht gegründet werden auf eine Illusion, auf die Leugnung von Unterschieden, die sich dem Kinde nur allzu deutlich darstellen. Die soziale Versöhnung in der Einheitschule kann allein ruhen auf dem wachsenden Verständnis für das Leben, für seine Unterschiede und für die menschlichen und vollköstlichen Bindungen, die über diese Zerklüftung hinwegführen.

Noch ein Wort zur konfessionellen Spaltung. Auch hier gilt es, das Leben nicht zu verschleiern, sondern zu verstehen. Die christlichen Kirchen der Gegenwart bemühen sich auf das ernstlichste, zu einer Form gemeinsamen Lebens zu gelangen, die dem einzelnen Bekenntnis nichts nimmt, wohl aber allen Menschen dieser Bekenntnisse den Sinn erschließt für gemeinsame Ziele und die Möglichkeit eröffnet zum Leben nebeneinander. Das gilt von der Anteilnahme der römisch-katholischen Kirche an sozialen Bestrebungen der anderen, das gilt noch viel mehr von den sogenannten ökumenischen Bestrebungen der großen Weltkirchenkonferenzen von Stockholm und Lausanne. Auch auf diesem Gebiet ist man von der alten Methode der Aufklärungszeit längst abgetrennt, die konfessionelle Unterschiede verwischen wollte zugunsten einer farblosen Menschheitsreligion, die der Menge nicht greifbar und kultisch nicht darstellbar war. Der einzige Weg zu gemeinsamem Leben geht über Kenntnis und Verständnis der Unterschiede, ohne daß Besitz und Recht der anderen Konfession angetastet werden. Ich brauche es darnach kaum noch auszusprechen, welcher ungeheuren Vorzug im Sinn dieser Bestrebungen die badische Simultan- und Einheitschule bietet; sie führt Kinder der verschiedenen Bekenntnisse in der gleichen Klasse zusammen, sie erspart ihnen das Bewußtwerden der konfessionellen Verschiedenheit nicht, sie prägt ihnen aber in Schul- und Lerngemeinschaft zugleich das Bewußtsein der Verbundenheit von frühester Jugend an ein. Es ist darum notwendig, daß gerade von Baden aus, wo man die Wirkungen dieser Schule seit über 50 Jahren erprobt hat, immer wieder auf die nationale Bedeutung der Simultan- und Einheitschule hingewiesen wird, und es würde viele Mißverständnisse beseitigen, wenn dabei zugleich immer betont würde, daß die religiöse Tendenz dieser Schule nicht auf Erweichung des konfessionellen Eigenbesitzes geht, sondern auf Kenntnis der anderen und Verständnis gerade für die Unterschiede des eigenen und des fremden Glaubens. Denn nicht um Verflachung handelt es sich, sondern um Vertiefung: um Erzielung einer staatsbürgerlichen Gemeinsamkeit und einer vom Verständnis für andere getragenen Lebensreise.

Daß das gemeinsame Erlebnis der Schule und alle damit verbundenen persönlichen Beziehungen auch Christen und Nichtchristen zueinander führen, daß diese Beziehungen auch die Angehörigen verschiedener deutscher Stämme miteinander über alle Grenzen der Mundart hinweg verbinden, brauche ich nach alledem nur anzudeuten; ich möchte es nur unterstreichen, indem ich persönliche Erinnerungen hinzufüge. Ich bin mir dankbar bewußt, daß all mein Nachdenken über die Judenfrage, deren Problematik ich nie ausgewichen bin, aufs stärkste mit bestimmt worden ist durch eine Freundschaft, die mich seit meinem ersten Schultag mit einem jüdischen Mitschüler verband, der dann im Kampf für unser gemeinsames Vaterland gefallen ist. Diese Freundschaft hat mich mit Gesinnung und Artung einer jüdischen Familie früh vertraut gemacht, aber auch mit den Schranken ihrer gesellschaftlichen und sozialen Geltung, und ich weiß aus meiner Familie von einer Mädchenfreundschaft, die durch seltsame politische Verflechtung zustande kam: Nach dem Krieg von 1866 wurde vom Siegerstaat Preußen eine Besatzung in die Leipziger Pleißenburg gelegt; die Tochter des Kommandeurs dieser Besatzung ward bei dem Eintritt in eine sächsische Mädchenschule natür-

lich als Landesfeindin betrachtet; das einzige sächsische Mädchen, das — wohl mehr aus Herzenstakt als aus politischem Weitblick heraus — Verständnis für sie und ihre Lage zeigte, ward dieser Preukin von da an durch eine Lebensfreundschaft verbunden, die erst der Tod geendet hat. Das scheint mir auch eine politisch sinnvolle Erinnerung. Was uns heute als ein Stammesgegensatz erscheint, dessen Überbrückung selbstverständlich ist, war damals eine im Krieg verhärtete Gegnerschaft, und ihre Überbrückung gehörte gewiß für manches Empfinden mehr ins Gebiet der Völkerveröhnung als der Volksveröhnung. Wie haben sich die Dinge seitdem gewandelt! Und vielleicht haben wir eine Zukunft vor uns, da auch die Veröhnung innerhalb der europäischen Völkerfamilie nicht mit gleichem Recht wie damals, aber doch mit innerer Notwendigkeit zur selbstverständlichen Familienangelegenheit wird, sei es infolge wirtschaftlicher Verbundenheit, sei es angehts anderer großer politischer Gegensätze.

II.

Damit stehen wir bereits bei dem zweiten Teil unserer Aufgabe und haben nun zuerst von der Notwendigkeit der Völkerveröhnung zu reden. Dem nur auf die Gegenwart gerichteten Blick ist diese Notwendigkeit nicht so offenbar wie die nationale Forderung der Volksveröhnung. Und doch müssen wir, wenn wir von Aufgaben der Schule reden, nicht an unsere Situation und ihre Bedürfnisse denken, sondern an die Lage der nächsten Jahrzehnte, für die junge Menschen heute schon auszubilden Pflicht der Gegenwartsschule ist. Es gehört nun keine große Prophetengabe dazu, eine Annäherung der Völker in den kommenden Jahrzehnten vorauszusagen. Gewiß, Rückschläge werden nicht ausbleiben; weder vor Verwicklungen noch vor Explosionen außenpolitischer Spannungen sind wir gesichert. Aber letztlich werden wirtschaftliche Notwendigkeiten einen Ausgleich der Gegensätze mindestens innerhalb Europas erzwingen, ein kontinentales Denken und Handeln auf Grund übernationaler Zusammenschlüsse in der Industrie, bei denen die Konkurrenz nicht ausgeschaltet, aber normiert ist. Es gibt zweifellos Volksgenossen, die persönlich diesem Zukunftsbild skeptisch oder unwillig gegenüberstehen. Aber auch sie müssen als verantwortliche Lehrer daran denken, die ihnen anvertrauten jungen Menschen für eine solche Möglichkeit innerlich auszurüsten. Denn es wäre verhängnisvoll, wenn eine wirtschaftlich bedingte Entspannung unserer Zustände ein Geschlecht fände, das dieser Wandlung mit innerer Verständnislosigkeit gegenübersteht! — Schon diese geistespolitische Erwägung beweist die Notwendigkeit unserer Aufgabe, auch für den Andersdenkenden. Darum schweige ich im Augenblick von den Motiven idealer Natur, die mich und viele andere wünschen lassen, daß das kommende Geschlecht im Geiste der Völkerveröhnung erzogen werde.

Denn gerade diese idealen Motive stehen in Spannung zu anderen, nicht minder idealen und unserer Überlieferung näher liegenden Gedanken, die gegen unsere Aufgabe geltend gemacht werden. Diese Spannung ist so bezeichnend, daß auch die positiven Gedanken zum Thema am besten mit der Darstellung der Schwierigkeiten verbunden werden, die den Plan, Völkerveröhnung in der Schule zu pflegen, in der Tat belasten. Es handelt sich um Schwierigkeiten, die in der nationalen Idee, im Unterrichtsstoff und in pädagogischen Erwägungen liegen.

Die Erziehung zum nationalen Denken wird im Kinde immer ein Bewußtsein von dem zu wecken suchen, was das eigene Volk bedeutet; dazu wird sich ganz von selbst das Bewußtsein von dem Anderssein der fremden Völker gesellen. Stolz auf die Geschichte und die Leistung des eigenen Volkes zu pflegen wird immer die Aufgabe der deutschen Schule bleiben müssen. Aber dieser Stolz bedingt nicht die Ver-

achtung der anderen! Gerade in solchem Sinn ist allerdings die nationale Erziehung bei uns und anderswo oft genug gehandhabt worden. Und auf diesem Gebiete werden wir den Bruch mit den Methoden der Vorkriegszeit rücksichtslos zu vollziehen haben. Die Rede vom perfiden Abion und von der eiteln Marianne muß unter uns verschwinden, und zwar ganz unabhängig davon, ob wir in der äußeren Politik mit dem Verhalten der Nachbarvölker zufrieden oder unzufrieden sind. Wir wollen ja gerade die Tagespolitik nicht in den Unterricht hineinbringen! Verschwinden müssen jene oberflächlichen Charakteristiken fremder Völker schon darum, weil sie vor dem Forum der Wahrheit nicht bestehen können, und weil der Unterricht selbst sie widerlegen würde, wenn etwa von der weltpolitischen Organisation des britischen Reiches oder von der Entstehung des ersten Nationalheeres auf dem Boden der französischen Republik die Rede wäre! Solche Leistungen haben wahrlich nichts mit Perfidie oder Eitelkeit zu tun.

Ich darf an das erinnern, was ich bereits über die Vertiefung des konfessionellen Selbstbewußtseins durch Kenntnis und Verständnis der fremden Konfessionen gesagt habe. Auf dem gleichen Wege müssen wir ein vertieftes nationales Verständnis anstreben, das sich mit Stolz des eigenen Volkstums bewußt ist, gerade weil es das Anderssein der fremden Völker kennt, versteht, aber nicht verachtet!

Nur kann ein solches Verständnis nicht wie bei dem Verhältnis der Konfessionen durch persönliche Berührung der Schüler untereinander zustande kommen, denn Schüleraustausch und Schülerbriefwechsel werden zumal auf der Volksschule doch immer nur in Ausnahmefällen möglich sein. Wohl aber ist eine vertiefte Kenntnis wenigstens eines fremden Volkes dem Lehrer dringend zu wünschen; am besten natürlich eine Kenntnis, die auf Anschauung beruht. Wir machen jetzt an der Universität Heidelberg höchst wichtige Erfahrungen mit einer neuen Art Studienreisen ins romanische Ausland, die uns durch die große Robert-E.-Schmidt-Stiftung ermöglicht ist; ihre Absicht ist nicht auf Besserung der Aussprache, überhaupt nicht auf philologische Ausbildung gerichtet, sondern ganz allein auf Fühlung mit dem Leben des fremden Volkes. Und wenigstens die Hoffnung möchte ich doch hier zum Ausdruck bringen, daß es auch deutschen Volksschullehrern ermöglicht werde, auf dem Wege der Studienfahrt, des Lehreraustausches oder der internationalen Beziehungen der Lehrervereine ein persönliches Verständnis anderer Völker zu erwerben. Den vielen aber, denen dies naturgemäß nicht möglich sein wird, möge auf ihrem Bildungsgang ein solches Verständnis wenigstens indirekt vermittelt werden. Gerade bei der ernstesten Gefahr einer Zerspaltung in der deutschen Lehrerbildung scheint es doppelt nötig, solche gemeinsamen Ziele aufzustellen, deren Erreichung unabhängig ist von dem lehrtechnischen Gang der Ausbildung. Der Erfolg solches vertieften Verständnisses wird nicht ausbleiben, ein Erfolg — ich wiederhole es nachdrücklich — nicht nur für die Kenntnis der anderen, sondern auch für die Ausbildung eines vertieften, weil gegründeteren nationalen Bewußtseins.

Aber freilich sind damit noch nicht alle Einwände dieser Art zum Schweigen gebracht. Solange wir fremden Völkern zahlungspflichtig sind, so sagt man, vollends solange diese Verpflichtung durch fremde Besatzung auf deutschem Boden zum Ausdruck gebracht wird, seien wir noch nicht in die normale Lage einer großen Nation eingerückt, die sich aus dem Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit heraus die Pflege des Verständnisses für fremde Völker leisten könne. Jede geistige Abrüstung bei uns müsse darum die militärische Abrüstung bei den anderen zur Voraussetzung haben. Ich bin der letzte, der solchen Einwand leicht nimmt. Die Frage, um die es sich handelt, ist aber keine politische, denn daß baldiges Ende der Besatzung und baldiger Beginn allgemeiner Abrüstung

politische Ziele jeder deutschen Politik sein müssen, darüber ist kein Wort zu verlieren; das Problem ist vielmehr ein sittliches. Wir sehen die Welt noch verstrickt in einem Zustand, den wir für einen überwundenen halten müssen. Kein verantwortungsbewußter Deutscher kann wünschen, daß wir die dringenden Anliegen nationaler Art, die wir haben, der Welt auf dem Wege eines Krieges abtrotzen: denn der Krieg würde heute mehr als je technisiert, entpersönlicht, darum entsittlicht sein, ein Teufelsurteil und kein Gottesgericht! Dann aber können wir auch nicht wünschen — selbst wenn es uns politisch möglich wäre —, einen großen technischen Rüstungsapparat auszubilden, der seinen Sinn erst von dem Einfall eines Krieges erhält. Etwas ganz anderes ist es, wenn wir wünschen, daß junge Menschen ausgebildet werden sollen zur Beherrschung ihrer Körperkräfte und zur Beherrschung auch der Waffe im Dienste der Landesverteidigung. Dazu braucht man wohl jenen gesunden Sportsgeist, der Freude an der Beherrschung und der Verstärkung der eigenen Kraft hat, dazu braucht man jenen mutigen und trotzigem Kämpfergeist, der das Jugendpiel beseelt, dazu braucht man aber nicht den Geist des (heiligen oder unheiligen) Hasses gegen das fremde Volk. Jenen sittlichen Ernst des Problems hat noch nicht erkannt, wer in diesem Zusammenhang nur immer das Wort Wehrhaftigkeit im Munde führt und nicht unterscheiden kann zwischen der gesunden Wehrhaftigkeit des Kraftbewußtseins und der überspannten Wehrhaftigkeit der Haßgesinnung. Wollen wir unsere Jugend zu diesem Haß erziehen, wenn wir es doch für unsittlich und verantwortungslos halten, diesem Haß ernsthaften Ausdruck im Kriege zu geben? Und um zu dem sittlichen Motiv das viel zu oft betonte realpolitische zu fügen: können wir es bei unserer Lage überhaupt verantworten, unsere Jugend in Gefühle hineinzutreiben, denen jede Betätigung versagt ist?

(Fortsetzung folgt.)

Kollegen u. Kolleginnen, kommt i. den

Ferien

in unser schönes Heim

**Bad
Freyersbach**

und werbet in Euerm Bekanntenkreis für den Besuch unseres Hauses, das durch seine

vornehme Ausstattung

seine **gute Verpflegung**

und seine gesundheitsfördernden

Mineralbäder ein vorzüglicher

Erholungsaufenthalt ist

Durchführung des § 4 der Satzungen.

Obmann Hofheinz: Wir behandeln heute etwa zum sechsten Male diesen Paragraphen über die Mitgliedschaft. Es wurde auf der letzten Vertreterversammlung ein Ausschuß eingesezt zur Prüfung dieser Frage. Heute muß also die Entscheidung fallen. Dabei müssen wir es ablehnen, daß irgendwelche Gehässigkeit im Hintergrunde steht. Schon 1919 hätte bestimmt werden sollen, daß Doppelmitgliedschaft nicht statthaft ist. Wir wollen ganz gewiß niemand hinausdrängen. Jeder kann frei entscheiden, wo er stehen will. Durch die Beschlußfassung wird nicht verhindert, daß Platz für alle im Badischen Lehrerverein ist. Nur muß der Gemeinschaftsgedanke im Vordergrund stehen, nicht der Ichstandpunkt. Aufgaben grundsätzlicher Art können wir nicht preisgeben. In diesem Rahmen haben Verhandlungen mit Herrn Hellmuth (Friedrichsfeld) wegen der Rektorenvereinigung stattgefunden, und ich möchte beantragen, daß wir auch ihm in dieser Sache das Wort geben, obwohl er nicht Vertreter ist. Die Rektorenvereinigung hat nach offizieller Mitteilung in Karlsruhe beschlossen, Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Badischen Lehrerverein zu suchen. Herr Lindenfeller wird uns nun zunächst einen kurzen Bericht über die Verhandlungen im Satzungsausschuß geben.

Lindenfelder: Ein Hauptgrundsatz gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ist: Kein Mitglied kann mehrmals gewerkschaftlich organisiert sein. Auch der Deutsche Beamtenbund hat diesen Grundsatz bei seiner vorjährigen Satzungsänderung aufgenommen. Leider hat die Stuttgarter Tagung des Deutschen Lehrervereins einen derartigen klaren, auch vom Badischen Lehrerverein unterstützten Antrag seinerzeit nicht angenommen. Die fortschreitende Zersplitterung der deutschen Lehrerschaft in Interessengruppen ist zweifellos die Folge der zu matten Satzungsbestimmung des Deutschen Lehrervereins. Die Zersplitterungserscheinungen, wie wir sie allgemein und auch bei den politischen Parteien sehen, dringen auch in die Reihen der Berufsorganisationen. Es ist kein gutes Zeichen für den Korpsgeist der badischen Lehrerschaft, daß der Besoldungsreferent der sozialdemokratischen Landtagsfraktion anlässlich der Besoldungsverhandlungen den Vertretern des Badischen Lehrervereins gegenüber feststellen mußte: Die meisten Sondereingaben kommen aus den Reihen der Volksschullehrerschaft. Das Sondervorgehen nützt den Einzelgruppen zwar nichts, schadet aber der Allgemeinheit. Auch die Lehrerschaft ist also daran, sich zu schwächen und ihre gute Tradition zu verlieren. Wo ständen wir heute, wenn unsere Väter nicht besser zusammengestanden wären? Sind wir den ein „fatter“ Stand, daß wir uns den Luxus der Zersplitterung erlauben könnten? Die Durchführung des § 4 der Satzung soll den organisatorischen Zwang schaffen, möglichst alle Glieder der Volks- und Fortbildungsschule zu einer schlagkräftigen Organisation zusammenzufassen.

Zwei Fragen lagen dem Satzungsausschuß vor:

1. Kann ein Mitglied des Badischen Lehrervereins auch noch einer anderen Standesgruppe angehören, die selbständig ihre Ziele den Behörden gegenüber vertritt?

2. Welche Lehrervereinsorganisationen bestehen, deren Ziele und Bestrebungen denen des Badischen Lehrervereins zuwiderlaufen?

Die erste Frage, deren Beantwortung mit „nein“ die Nachprüfung der zweiten unnötig gemacht hätte, bedeutete den klaren Aufbau der Organisation. Allerdings wäre dadurch auch die gleichzeitige Mitgliedschaft im Lehrerinnenverein nicht mehr möglich gewesen. Außerdem bedeutete die Annahme dieses Grundsatzes eine Satzungsänderung. Die erste Fragestellung wurde vom Satzungsausschuß und vom

Vorstand mit Mehrheit bejaht. So schritt man zu der zweiten Frage.

Der Hauptausschuß des Deutschen Lehrervereins hat am 13. Januar 1929 auf Antrag des Schlichtungsausschusses den Beschluß gefaßt, daß der preussische Rektorenverein unter die Organisationen zu zählen sei, deren Ziele und Bestrebungen denen des Deutschen Lehrervereins zuwiderlaufen. Als belastend wurde u. a. angesehen, daß der preussische Rektorenverein die autoritäre Schulleitung fordere, während der Deutsche Lehrerverein die kollegiale vertrete. Zweifellos will bisher auch der Badische Rektorenverein die autoritäre Schulleitung. Ich weise auf die Ausführungen in der Schulzeitung hin. Ein Hauptgrundsatz des Deutschen Lehrervereins ist aber der von der Wesensgleichheit aller Schul- und Bildungsarbeit. Dieser Grundsatz, der bisher in der Lehrerbildungsfrage nicht ganz ohne Erfolg vertreten worden ist, muß den alleinigen Maßstab für die Bewertung der Volksschule und ihrer Lehrer abgeben. Das Wesentliche der Schularbeit darf nicht durch eine Überbewertung der Verwaltungsarbeit in der Schule in den Hintergrund gedrängt werden. Nur die kollegiale Schulleitung ordnet sich diesem Prinzip unter. Oberlehrer, Rektoren und Klassenlehrer gehören in der Arbeit und in der Besoldung zusammen. Darüber hinaus hat aber der Badische Lehrerverein den Aufstieg der Rektoren nie gehemmt. Wir fordern den Aufstieg aller Lehrer an der Volks- und Fortbildungsschule in die Gruppe 3b. Wer die These von der Wesensgleichheit aller Bildungsarbeit anerkennt, kann somit nicht zugleich im Rektorenverein oder in der von Huber (Hagsfeld) ins Leben gerufenen Oberlehrervereinigung, die ebenfalls den Gedanken der Selbstverwaltung in der Schule bekämpft, organisiert sein. Der Forderung auf Herabsetzung der Stundenzahl zum Ausgleich für Verwaltungsmehrarbeit steht der Badische Lehrerverein wohlwollend gegenüber.

Die These von der Wesensgleichheit aller Schularbeit verbietet aber auch die Höherbewertung aller Schularbeit an Fortbildungs- und Hilfsschulen oder an sonstigen Einrichtungen. Die Fortbildungsschule ist nach dem Gesetz ein Teil der Volksschule. Ob sich die Fortbildungsschule in Baden zu einer Berufsschule entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen. Immer aber wird sie in dieser Wesensgleichheit bleiben. Jedenfalls wird sich der Badische Lehrerverein mit der Frage des Ausbaues der Fortbildungsschule in nächster Zeit beschäftigen. Die Führer des Fortbildungsschullehrervereins sollten sich darüber klar sein, daß der Ausbau der Fortbildungsschule gesicherter ist, je geschlossener die ganze badische Lehrerschaft hinter einer Forderung steht. Der Fortbildungsschullehrerverein hat aber weiter durch sein Zusammengehen mit dem Bund der gehobenen mittleren Beamten der Sache des Lehrerstandes schwer geschadet. Für die Engabe des Bundes, die sich gegen die Volksschullehrer wendet, ist er mitverantwortlich, gleichgültig, ob er formal mit unterschrieben hat oder nicht. Wenn der Fortbildungsschullehrerverein sich jetzt vom Bund der gehobenen mittleren Beamten losgelöst hat oder loslösen will, so kommt die Einsicht etwas spät. Der Badische Lehrerverein wird nie anerkennen können, daß die Arbeit der Fortbildungsschullehrer grundsätzlich gehaltvoller höher zu bewerten sei als die der Volksschullehrer. Der Badische Lehrerverein kann nicht die wertvollsten Grundsätze beruflicher Bewertung gegenüber Sonderorganisationen, an denen seine eigenen Mitglieder beteiligt sind, preisgeben. Besondere berufliche Interessen der Fortbildungsschullehrer, die einer Nachprüfung standhalten und dann ohne weiteres anerkannt werden, können auch innerhalb des Badischen Lehrervereins gepflegt werden.

In mehreren Eingaben an Landtag und Regierung hat die Arbeitsgemeinschaft der Stadtlehrer eine Trennung der Besoldung der Volksschullehrer zwischen Stadt und

Land gefordert. Diese Forderung widerspricht ohne weiteres dem vorhin vorgetragenen Grundsatz des Deutschen Lehrervereins von der Wesensgleichheit aller Schularbeit. Wenn eine Gruppe von Stadtlehrern die Trennung der Lehrerbefoldung nach Stadt und Land fordert, so handelt sie zweifellos gegen das Gesamtinteresse des Standes. Daß das Organ der Stadtlehrervereinigung, „Der Stadtlehrer“, zudem in der niedrigsten Weise die Ziele des Badischen Lehrervereins bekämpft, ist jedem klar, der auch nur einmal einen Blick in diese „Lehrerpresse“ getan hat.

Ein Sondervorgehen des Hilfsschullehrerverbandes in der Frage der Besoldung liegt vor. Doch kann ein gegensätzliches Verhalten zum Badischen Lehrerverein nicht festgestellt werden. Auch kann der Nachweis bis jetzt nicht geführt werden, daß die Gruppe der Zeichenlehrer in der Befoldungsfrage gesondert vorgegangen ist. Demnach stellen Vorstand und Sachungsausschuß nach dem derzeitigen Stand der Dinge den Antrag:

„Mitglieder des Badischen Lehrervereins können nicht zugleich Mitglieder des Rektorenvereins, der Arbeitsgemeinschaft der Ersten Lehrer (Oberlehrer), des Fortbildungsschullehrervereins oder der Stadtlehrervereinigung sein.“

Die Durchführung dieses Beschlusses soll nicht mit sofortiger Wirkung erfolgen, sondern bis zum 31. Dezember 1929. Bis zu dieser Zeit sollen unsere Mitglieder, soweit sie zugleich einer der angeführten Organisationen angehören, nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortung die Entscheidung fällen. Dabei geht der Vorstand von der Erwägung aus, daß es Mittel und Wege gibt, auch innerhalb des Badischen Lehrervereins Einrichtungen zu schaffen, die den besonderen Berufsinteressen, soweit solche anerkannt werden, dienen können.

Der Vorstand und der Sachungsausschuß haben mit größter Verantwortlichkeit für die Zukunft unseres Standes diesen Beschluß gefaßt. Wenn alle unsere Mitglieder von dem Worte des großen Lehrersführers Wander erfaßt sind, daß wir alle, die wir in der Erziehungs- und Bildungsarbeit stehen, „ein Werk treiben“, so muß es auch möglich sein, dieses Werk „in Einheit“ zu treiben.

Sauter (Heidelberg): Ich würde wünschen, daß Herr Hellmuth zuerst sprechen würde.

Die Versammlung ist damit einverstanden. Die Redezeit wird für die ganze Verhandlungsdauer auf zehn Minuten festgesetzt.

Hellmuth: Ich danke der Vertreterversammlung, daß sie den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden angenommen hat, mich als Vertreter der Rektorenvereinigung sprechen zu lassen. Den Gedanken zur Einigung habe ich schon lange gefaßt. Die Dinge waren aber nicht immer reif dazu; denn ich allein war ja nicht die Rektorenvereinigung. Früher hat man mich den Oberlehrerkreiser genannt. Im Grunde habe ich mich nicht gewandelt. Die Grundlage auch für mich ist die Selbstverwaltung. Ich habe dauernd den Gedanken der kollegialen Schulleitung vertreten, allerdings mit dem Zusatz, daß damit für alle eine Übernahme von Pflichten verbunden ist. Die kollegiale Schulleitung verlangt zuerst äußerste Pflichterfüllung jedes einzelnen. Lassen Sie mich einige Sätze aus der „Leipziger Lehrerzeitung“ wiedergeben, die das vorzüglich bringen, was ich Ihnen sagen möchte. Ich habe diese Gedanken auch gestern vertreten bei der Besprechung der Rektoren. Selbstverwaltung muß auch den anderen Organen genügen: Staat und Gemeinden. Von diesen hohen ethischen Gesichtspunkten aus treffen wir uns, Rektoren und Lehrer. Durch gemeinsames Streben müssen wir uns vervollkommen. Dann werden wir festen Boden gewinnen, auch gegenüber den Aufsichtsbehörden. Andern Sie mit uns diese Dinge,

dann gewinnen wir das Schulamt. Einigen wir uns vom Gemeinschaftsgeist aus. Dann kann sich die Vereinigung der Direktoren auflösen. Die Frage der Besoldung ist durch das Besoldungsgesetz geregelt, nicht zur Zufriedenheit der Direktoren. Wir haben versucht, das zu ändern. Es gibt Direktoren, die sagen, daß der Klassenlehrer nicht in dieselbe Gruppe kommen solle. Ich sage das nicht. Klassenlehrer sollen mit hereinkommen. So braucht uns nichts zu trennen. Verständigung ist möglich. Es wird uns ja nicht verwehrt werden, besondere Fragen dienstlicher Art unter uns zu besprechen. Streben wir aber zum gleichen Ziele hin; denn die nächsten Jahre werden eine Zeit des Kampfes sein. Helfen Sie mit; wir haben die Hand geboten.

Hofheinz: Hier kann es sich nur darum handeln, ob man versuchen soll, mit den Vereinigungen nochmals zu verhandeln. Das gleiche Berufsethos ist für den einen Teil wie für den anderen nötig. Wenn jeder Teil die gleiche Verantwortung fühlt, dann kann bei den Verhandlungen etwas herauskommen. Nehmen Sie diese Aussprache mit Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit Entschlossenheit auf. Wir warten.

Beck (Karlsruhe): Wenn gegen § 4 immer wieder verstoßen wird, dann müssen wir sagen, es darf nicht so weitergehen. Wir als Klassenlehrer verlangen, daß unsere Rechte gewahrt bleiben und daß sich die Direktoren an der Schularbeit klasseführend beteiligen. Sie sollen sich nicht als „Verwaltungsbeamte“ fühlen. Es ist aber so, daß der Ausspruch fiel: die Direktoren eine Stufe höher als die Klassenlehrer. Die älteren Kollegen müssen die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten haben wie die Direktoren. Die Fortbildungsschule ist ein Glied der Volksschule. Die Möglichkeit zu „Arbeitsgruppen“ im Verein besteht im Badischen Lehrerverein schon. Die Fortbildungsschullehrer haben sich seinerzeit verbunden mit einem Gegner unseres Standes. Bezüglich der Arbeitsgemeinschaft der Stadtlehrer muß ich sagen: es gibt keinen Unterschied im Wert unserer Arbeit zwischen Stadt und Land. Wir müssen heute den Mut haben zum Entschlusse; wir wollen aber auch keine Hand zurückweisen, die sich uns zur Wiedervereinigung entgegenstreckt. Es gibt keine Sondergruppen, die nicht Platz hätten im Badischen Lehrerverein.

Brümmer (Mannheim): Wir behandeln auf dieser Tagung das Thema Volks- und Völkerverständigung. Wie können wir diesem großen Ziele zustreben, wenn wir uns nicht einmal selbst einigen können? Viele vergessen, daß sie selbst Klassenlehrer waren. Wir müssen unsere Geschlossenheit der Organisation und des Standes zurückgewinnen. Die jetzt geplante straffe Durchführung des § 4 kommt zu spät. Sie verfehlt ihren Zweck. Es gibt bei den Sondergruppen viele Mitläufer. Durch Verhandlungen können wir vielleicht eher zum Ziele kommen. Aber Gehaltskämpfe ist die Lehrerschaft in der „Schulzeitung“ in den letzten Jahren viel zu wenig orientiert worden. In letzter Zeit ist das besser geworden. Eine Frage steht aber noch aus, die Frage der Stadtlehrer. Es müßte untersucht werden, ob nicht dem Stadtlehrer die frühere Stellung zurückgewonnen werden könnte. Verhandlungen sollten zu dem Ziele führen, daß sich die Sonderorganisationen wieder auflösen. Sollte das nicht gelingen, so verlieren wir etwa tausend Mitglieder.

Hofheinz: Es ist keine Satzungsänderung beabsichtigt, sondern der § 4 soll vollzogen werden. Der Bezirksverein Mannheim hat früher scharfe Anträge in dieser Richtung gestellt; es ist aber von ihm aus auch je nach der Zeilage wieder zum Zuwarten geraten worden. Der Respekt vor Organisationen, die nicht den Mut zur Entscheidung haben, geht verloren. Die Aufklärung muß innerhalb der Mitgliedschaft erfolgen. Dann dürfen wir auch mehr Aktivität erwarten. Der Vorstand ist gerne bereit, mit allen Gruppen zu verhandeln, die das wollen und an uns herantreten, allerdings mit der nötigen Reserve.

König (Knielingen): Ich werde mich darauf beschränken, über die „Vereinigung der Oberlehrer des Schulkreises Karlsruhe“ zu sprechen. Oberlehrer Huber (Hagsfeld) hat erklärt, daß sie im Ministerium gesondert vorgehen. Es wurden auch Eingaben gemacht zwecks Stärkung der autoritativen Schulleitung. Bei all dem handelt es sich um eine Unterhöhlung unseres Vereins. Mit welchem Recht sprach Herr Huber von einem „Martyrium der Landoberlehrer“? Er strebt nach einer Führerrolle, nachdem er sich das Recht zur Führung im Dienststellenausschuß und in der Konferenz durch sein Verhalten verschert hatte. Die Aussicht auf unseren Beschluß hat auf manche Oberlehrer schon Eindruck gemacht, so daß sie zurückgetreten sind.

Sauter (Heidelberg): Ich kann die Haltung Mannheims nicht ganz verstehen. Von der anderen Seite muß glaubhaft die Hand zur Versöhnung geboten werden. Wie steht die Vereinigung der Direktoren zu den Erklärungen von Herrn Hellmuth? Er hat darüber nichts gesagt. Vielleicht gibt uns Herr Hellmuth diese Erklärung noch ab. Der zu führende Schnitt muß zur Gesundung führen. Wir verlieren Mitgliedsbeiträge, aber auf der anderen Seite gewinnen wir Kraft, wenn wir nicht aus unseren eigenen Reihen bekämpft werden. Stimmen wir darum dem Vollzugsvorschlag zu.

Guckau (Sachsenhausen): Benehmen wir uns nicht wie ein Zahnleidender vor dem Sprechzimmer des Arztes und kehren wir nicht unverrichteter Dinge um. Stimmen wir ab.

Hofheinz: Ich mache bei der vorgeschrittenen Aussprache den Vorschlag, die Rednerliste zu schließen und die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.

Hellmuth: Auf die Anfrage möchte ich erwidern, daß ich dieselben Gedanken bei der Direktorenvereinigung vorgebracht habe wie hier. Auf Grund dessen wurde ich dann hierher geschickt. Es ist auch dort der Gedanke zum Ausdruck gekommen: So stehen wir auch, und deshalb wollen wir verhandeln. Wir sind nicht gekommen, weil jetzt über § 4 verhandelt wird. Wir kommen aus dem großen Gefühl heraus, daß wir zum Ganzen gehören und mit ihm kämpfen wollen um das große Ziel. Darin sind die Direktoren mit mir einig.

Storz (Gallenweiler): Die Oberlehrer des Oberlands wollen die Einigkeit.

Löffler (Pforzheim): Herr Hellmuth war früher ein Kämpfer auf dem Gebiete der kollegialen Schulleitung. Heute hat er sich etwas geändert. Die Meinung ist vielfach bei Direktoren zu finden, daß eine Einigung dann stattfinden könne, wenn sich der Badische Lehrerverein die Ziele des Direktorenvereins zu eigen mache. Durch genaue Auslegung des § 4 kommen wir zu einer Vereinigung. Machen wir Schluß mit dem Hin und Her. Aufklärung ist genug erfolgt.

Schüler (Mannheim): Ich bin aufgefordert worden, etwas zu sagen vom Standpunkt der ländlichen Fortbildungsschullehrer aus. Bei der Führung der Fortbildungsschullehrer findet man nur ein „Niemals“, wenn man von Auflösung und Eingliederung spricht. Sie hoffen, Berufsschullehrer zu werden. Wenn aber die landwirtschaftliche Schule weiter ausgedehnt wird, dann werden ausschließlich Landwirtschaftslehrer die Stellen einnehmen, und die Fortbildungsschullehrer können in die Volksschule zurückkehren, soweit sie überflüssig sind.

Vor der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Rastatt, die Durchführung des § 4 zu vertagen, zurückgezogen. Ein Antrag, daß der Beschluß sofort wirksam werden solle, wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Mannheim, den Vorstand in der Zwischenzeit bis zur Durchführung des § 4 zu Verhandlungen zu ermächtigen, wird einstimmig angenommen.

Mit allen gegen zwei Stimmen wird dann folgender Beschluß gefaßt:

Mitglieder des Badischen Lehrervereins können nicht zu gleicher Zeit Mitglieder des Rektorenvereins, der Arbeitsgemeinschaft der Oberlehrer, des Fortbildungsschullehrervereins oder der Stadtlehrervereinigung sein.

Der Vorstand des Badischen Lehrervereins wird von der Vertreterversammlung ermächtigt, während der Frist bis zur straffen Durchführung des § 4 Verhandlungen mit den betreffenden Organisationen zu führen.

Wahlordnung.

Hofheinz: Wir hätten noch über die Ihnen vorgelegte Wahlordnung abzustimmen. Es soll noch der Absatz eingefügt werden, daß Stimmzettel und Umschläge vom Badischen Lehrerverein ausgegeben werden.

Weber (Mannheim): In Abschnitt 6 sollte das Wahlverfahren als öffentlich bezeichnet werden.

Hofheinz: Wir sind damit einverstanden.

Darauf wird die Wahlordnung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Schriftfrage.

Bopp (Heidelberg): Seit über einem Jahre stehen wir in lebhaften Erörterungen über die Schriftfrage. Auch das Ministerium hat sich schon dazu geäußert und Reformen in Aussicht gestellt. Die Schrift ist etwas Zeitverbundenes und wandelt sich mit dem Schönheitsempfinden. Sie ist historisch geworden und will historisch weitergebildet werden. Die Grundform der abendländischen Schriften ist die römische Steinschrift. Umbildend hat auf sie eingewirkt der Drang zur Schnelligkeit und die Verbindung der Buchstaben. So entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte die Lateinschrift und daraus die deutsche. Durch die Spitzfeder entarteten die deutschen Formen. Sütterlin machte 1911 den Versuch einer neuen Schriftgestaltung. Seine Formen haben heute weite Verbreitung gefunden. Wir haben uns an die verschiedenen Landesvereine des Deutschen Lehrervereins mit einer Umfrage gewandt. Es gingen 19 Antworten ein. In elf Landesgebieten schreibt man Sütterlin. Gegen einzelne Formen werden Bedenken erhoben, wenn man auch mit den Erfolgen zumeist zufrieden ist. Aber dagegen wendet man sich, daß „Sütterlin“ als Duktus anerkannt wird. Vielmehr erklärt sich die Mehrzahl der Beantworter der Fragebogen für die Selbsterarbeitung der Schrift im Sinne Kuhlmanns. Es ist falsch, zu glauben, man gebe eine Ausgangsschrift, indem man fertige Formen bietet. Hiervon gibt es dann bloß Abirrungen. Die einzig mögliche Ausgangsschrift ist die „Antiqua“. Von ihr führt die Entwicklungslinie über die Lateinschrift zur Deutschschrift. Für diesen Gang und für die arbeitsmäßige Gestaltung der Schrift setzen sich verschiedene Landesvereine oft geradezu leidenschaftlich ein. Gerühmt wird das freudige Schaffen bei Schülern und Lehrern auf dieser Grundlage. Der Vorstand empfiehlt, Versuche in dieser Art zu machen. Besonders zweiklassige Schulen dürften dafür geeignet sein. Entscheiden wir uns jetzt für Sütterlin, dann sind wir um fünfzehn Jahre zurück. Wählen wir aber den Weg der Selbstgestaltung der Schrift, dann stellen wir uns wieder in die vordersten Reihen.

Sauter (Heidelberg): Wir sollten jedenfalls nicht durch endgültige Einführung eines bestimmten Schriftschemas uns in Form und Methode binden, sondern durch Versuche erst die praktischen Erfolge zu gewinnen suchen.

Reitel (Mannheim): Die Schrift unterliegt dem Stilwandel. Sie ist Ausdruck der Zeit. Die badische Normal-schrift ist nicht kindesgemäß. Der Wille zur Reform, der von

Karlsruhe aus geäußert wurde, sollte nicht abgebremst werden. Die Versuche sind gemacht. Wir müssen den Reformwillen unterstützen. Unsere badische Normal-schrift muß durch eine moderne Schrift ersetzt werden. Womöglich sollte dies eine Reichs-schrift sein, damit wir auch da aus dem Partikularismus herauskommen. Die Bindung an die Normal-schrift sollte bis zur Durchführung einer neuen Schrift aufgehoben werden.

Seith (Schopfheim): Ein Stil entwickelt sich nicht von heute auf morgen. Der Vorschlag des Vorstands bringt keine Überstürzung. Er will das Richtige in Ziel und Weg. Nehmen wir ihn an.

Seiter (Pforzheim): Wir können die Frage nicht nur vom Ästhetischen her entscheiden; wir müssen sie vom Pädagogischen aus betrachten. Von da aus gesehen bietet die Spitzfeder Schwierigkeiten. Handschriften haben wir beim Kinde noch nicht. In Norddeutschland ist die Frage entschieden. Begeben wir uns auf das neue Gebiet hinüber.

Bopp: Wohl ist die Schrift dem Stilwandel unterworfen, aber Sütterlin sagt selbst auf Seite 15 seines Leitfadens, daß er der Versuchung widerstand, zeitgemäße Formen finden zu wollen, obwohl die bisherige Schrift nicht die Formensprache der Gegenwart rede. Die zeitgemäßen Formen müssen also erst noch herausgebildet werden. Die Versuche in Norddeutschland sind auch keineswegs so abgeschlossen, wie es hier dargestellt wurde. Und Sütterlin ist auch nicht so uneingeschränkt anerkannt. In der „Deutschen Schule“ schrieb ein Berliner Rektor: „Es ist schade, daß diese Arbeit (von Born) erst jetzt in die Öffentlichkeit dringt, jetzt, wo alles Sütterlin schreibt und den Kindern eine Schrift aufgezwungen wird, deren Erlernung im Grunde auch nur auf Vor- und Nachmachen beruht. . . . Aber der preußische Unterrichtsminister hat sie nun eingeführt, und wem sie nicht behagt, der muß sich fürs erste mit dem Wort unseres Autors trösten: Auch behördliche Bestimmungen sind abwandlungs- und entwicklungsfähig und nicht für ewige Zeiten festgelegt.“ Solche Stimmen mahnen zur Vorsicht und zu eigenen Versuchen. In Baden haben wir wohl Sütterlin in einzelnen Schulen erprobt, nicht aber den Gang von der Antiqua aus. Machen wir erst diese Versuche. Der Weg zu Sütterlin stünde dann immer noch frei; verbauen wir uns aber nicht bessere Wege.

Hofheinz: Der Vorstand schlägt Ihnen vor, seine Entscheidung durch einige Mannheimer Sätze zu ergänzen. Sie lautet dann:

1. Die Vertreterversammlung begrüßt die durch das Unterrichtsministerium in einer offiziellen Notiz in der Tagespresse bekanntgegebene Absicht, auch in Baden eine Reform der Schrift und des Schreibunterrichts durchzuführen.
2. Der Versuch der badischen Unterrichtsverwaltung, zu einer reichsrechtlichen Regelung der Schrift zu kommen, wird unterstützt. Nur darf der Übergang dieser Aufgabe an eine andere Instanz nicht zu einer Verschleppung der badischen Reform führen.
3. Die in Aussicht gestellte Mitwirkung von Lehrern aller Schulgattungen bei der Schriftreform ist schon aus technischen Gründen eine Notwendigkeit. Sie sollte im übrigen bei allen wichtigen Reformen zur Gepflogenheit werden.
4. Bis zur Durchführung der Schriftreform sind Versuche in größerem Ausmaß zuzulassen. Insbesondere ist auch die eigentätige Erarbeitung der Schrift von Antiqua über Latein zur Deutschschrift zu ermöglichen.

(Mit allen gegen eine Stimme angenommen.)